

Protokoll

der öffentlichen Sitzung (Nr. 10/15-19) des Beirates Woltmershausen

am Montag, den 07. März 2016,

im Gemeinderaum der Evangelischen Freikirche, Woltmershauser Straße 298, 28197 Bremen

Beginn der Sitzung: 19.00 Uhr

Ende: 20.55 Uhr

Anwesend:

Mazlum Koc	Christoffer Mendik	Waldemar Seidler
Anja Leibing	Thomas Plönnigs	Heidelinde Topf
Hermann Lühning	Nina Schardt	Edith Wangenheim
Holger Meier	Anja Schiemann (ab 19.20 Uhr)	

Fehlend: Karin Bohle-Lawrenz (e), Jutta Brückner

Weiter anwesend: Frau Albers, Frau Biermann, Frau Büchl, Frau Köster-Gießmann (alle Senatorin für Kinder und Bildung/SKB), Frau Rendigs (KiTa Bremen), Frau Wetzel (AWO), Vertreter_innen der Polizei, der Presse und interessierte Bürger_innen

Vorsitz: Annemarie Czichon

Protokoll: Knut Nenninger (beide Ortsamt Neustadt/Woltmershausen)

TOP 1 – Genehmigung der Tagesordnung

Es wird um folgende TO-Ergänzungen gebeten: neu TOP 3b) Antrag „Personalsituation an der Grundschule Rechtenflether Straße“, neuer TOP „Ermächtigung von Fachausschüssen zur Beschlussfassung“ im Anschluss an TOP 9. Die Reihung der nachfolgenden Punkte ist entsprechend anzupassen.

Beschluss: Die Tagesordnung wird mit den genannten Ergänzungen genehmigt. (einstimmig)

Top 2 – Stand der Betreuungssituation in Woltmershausen für Kita- und Schulkinder nach der Anmeldung für das Kita-Jahr 2016/17 (Nachbereitung der Planungskonferenz/SKB vom 26.02.2016)

Die Vertreterin der SKB berichtet, dass sowohl bei den unter-3-Jährigen als auch bei den 3-6-Jährigen und den Schulkindern die Anmeldungen das Platzangebot um jeweils 2-3 Gruppen übersteigen. Alleine aus der Flüchtlingsunterkunft Hempenweg/Hermann-Ritter-Straße liegen 38 Anmeldungen vor. Um Kindern aus Woltmershausen ein Betreuungsangebot machen zu können, schlägt die Vertreterin der SKB vor, diesen in der Neustadt (Hohentor) einen Platz anzubieten. Sie rät ferner dazu, den Statusbericht II am 30.04.2016 abzuwarten und zu prüfen, ob nicht das ehemalige Jugendfreizeitheim in Rablinghausen als Betreuungsstätte genutzt werden kann.

Ein Vertreter der CDU fragt die Vertreterin der SKB, ob und wie auf die Sonderbedarfe bei der Betreuung von Flüchtlingskindern reagiert werde. Weiter fordert der Vertreter der CDU, so schnell als möglich zu prüfen, ob das ehemalige Jugendfreizeitheim in Rablinghausen als Kita genutzt werden kann.

Eine Vertreterin der SKB erklärt, dass der besondere Bedarf dieser Kinder bekannt sei und versucht werde, die erforderliche personelle Ausstattung finanziell abzusichern.

Ein Vertreter der SPD gibt zu bedenken, dass aufgrund der im Freizi vorliegenden baulichen Mängel nur eine kurzfristige Nutzung in Frage käme. Laut Vertreterin der SKB sind die Planungen bezgl. der Nutzung noch zu unkonkret.

Die Vertreterin von KiTa Bremen berichtet, dass nach entsprechenden Beratungen von Woltmershauser Eltern jetzt alle Plätze in der Kita Hohentor belegt seien.

Die Beiratssprecherin fragt, ob auf dem Gelände des ehemaligen Jugendfreizeitheims in Rablinghausen eine Kita geplant ist.

Laut Vertreterin der AWO ist dort auf dem Gelände eine Kita in Modulbauweise in Planung. Es seien bereits Verhandlungen mit Immobilien Bremen geführt worden. Das Grundstück sei im öffentlichen Besitz, es solle aber durch einen privaten Träger gebaut werden. Die entsprechende politische Entscheidung stehe allerdings noch aus.

Der stellv. Beiratssprecher schlägt vor, zur Not jetzige Differenzierungsräume übergangsweise zur Betreuung von Kindern zu nutzen.

Dazu erklärt eine Vertreterin von SKB, dass bereits jetzt überall, wo es möglich sei, Räume mehrfach genutzt würden.

Darüber hinaus weisen mehrere Vertreter_innen von KiTa Bremen den Vorschlag entschieden zurück, weil dies erhebliche Auswirkungen auf die Qualität der Betreuung hätte, die aber gerade im Hinblick auf die zunehmenden gesellschaftlichen Anforderungen (nicht nur hinsichtlich der Integration von Geflüchteten) aufrechterhalten werden

müsse. Vielmehr sei weitere Unterstützung aus dem politischen Raum erforderlich.

Ein Vertreter einer KiTa schildert die negativen Folgen für die Kinder, wenn Differenzierungsräume nicht zur Verfügung stehen können.

Die Beiratssprecherin schlägt einen Runden Tisch für das Thema Kinderbetreuung im Stadtteil vor. Nach kurzer Diskussion kommt der Beirat überein, dafür einen Termin im Mai (ab der 20. KW) anzuberaumen.

Top 3 – Grundschule Rechtenflether Straße:

a) Finanzierung/Zeitplan für Umsetzung Ganztagsschulbetrieb

Die Vertreterin der SKB teilt mit, dass die Ganztagsgruppe inzwischen mit 20 Kindern voll belegt ist. Weiter teilt sie mit, dass aufgrund des Personalmangels bei Immobilien Bremen die für die Umsetzung des Entwicklungskonzepts Ganztagsschulbetrieb vorgeschlagenen baulichen Maßnahmen derzeit nicht weiter verfolgt werden könnten. Die Planungsgelder seien bewilligt, die Gelder im Haushalt eingestellt, nur die Bearbeitung durch Immobilien Bremen steht noch aus.

Eine Vertreterin der Grundschule ergänzt, dass bei der geplanten Aufstockung des GT-Betriebs um jeweils eine Gruppe in den kommenden Jahren allein für die Begleitung der Kinder zum Mittagessen in der Oberschule Roter Sand zusätzlicher Personalbedarf entstünde. Diesen könne die Schule beim besten Willen so nicht abdecken.

Der Beirat nimmt die Ausführungen zur Kenntnis und wird sich dazu weiter beraten.

b) Personalsituation

Entsprechend der Vorberatung im Fachausschuss (FA) Kita, Bildung, Jugend, Sport fasst der Beirat folgenden

Beschluss:

Der Beirat Woltmershausen unterstützt das Anliegen des Elternbeirates der Grundschule Rechtenflether Straße (siehe dessen Schreiben vom 08.02.2016) und fordert die Senatorin für Kinder und Bildung auf, eine fachgerechte Vertretung für die aktuellen Personalausfälle an der Schule sicher zu stellen. Er ist in großer Sorge, dass durch die jetzige Situation die Qualität der gewünschten und für den Stadtteil aus Sicht des Beirats erforderlichen Ganztagschulentwicklung und der Inklusion beeinträchtigt werden. (einstimmig, 10 Ja-Stimmen)

Top 4 – Bürger_innenanträge, Fragen und Wünsche in Stadtteilangelegenheiten

- Aus der Bevölkerung wird die Vermüllung des „Alten Schutzdeich“ beklagt und die Aufstellung von Müll-eimern gefordert.
- Weiter werden Befürchtungen geäußert, dass bei einer Öffnung des Friedhofes Woltmershausen zur Straße „Auf dem Bohnenkamp“ dort ebenfalls die Vermüllung zunehmen würde.

Top 5 – Aktuelle Informationen zur Flüchtlingsunterbringung im Stadtteil

Die Beiratssprecherin berichtet, dass der Beirat vor kurzem in der Notunterkunft Hempenweg/Hermann-Ritter-Straße getagt und sich über die Situation vor Ort informiert habe. Die Unterbringung sei wirklich eine Notunterkunft und alles andere als luxuriös, es werde aber eine Menge, sowohl von den Mitarbeiter_innen als auch von Ehrenamtlichen getan, um die Situation der Bewohner_innen zu verbessern. So gebe es inzwischen mehrere Angebote zur Kinderbetreuung, eine Nähwerkstatt und weitere Freizeitangebote, auch in Zusammenarbeit mit dem Kulturhaus Pusdorf.

Außerordentlich problematisch sei aber weiterhin, dass immer noch die weit überwiegende Zahl der Bewohner_innen nicht registriert und damit weitergehende Bewilligungen etc. nicht möglich seien.

Auch die fehlende Beschulung von ca. 110 schulpflichtigen Kindern sei ein riesiges Problem. Bisher seien nur 24 Kinder bei der Schulbehörde gemeldet. Außerdem gebe es in der Einrichtung über 70 Kinder unter 6 Jahren, für die zur besseren Integration noch mehr Angebote vorgehalten werden müssten.

Der Beirat habe sich von Beginn der Unterbringung an dafür eingesetzt, dass die Außenflächen des Geländes von den Bewohner_innen, insbesondere den Kindern genutzt werden könne; dies sei aber immer noch nicht umgesetzt. Hier werde der Beirat „am Ball“ bleiben.

Außerdem bittet sie mögliche Spender_innen von Sachspenden darum, diese ausschließlich den Mitarbeitenden der Einrichtung auszuhändigen und nicht einzelnen Bewohner_innen. Ehrenamtliche Helfer_innen werden weiterhin gesucht.

Der Vertreter des Polizeireviers berichtet, dass aus seiner Sicht die Einrichtung außerordentlich unauffällig sei. Es habe zwar einige polizeiliche Einsätze vor Ort gegeben, die im Stadtteil sicher auch aufgefallen seien, dabei habe es

sich jeweils um innerfamiliäre Auseinandersetzungen gehandelt. Im Verhältnis zur Größe der Einrichtung und auch zu den (notwendigen) Bedingungen der Unterbringung gebe es dort nach seiner Wahrnehmung relativ wenig zu tun. Ein Vertreter der CDU bittet um Spenden von Musikinstrumenten für die Bewohner_innen der Einrichtung. Die Beiratssprecherin und der Fraktionsvorsitzende der CDU stellen sich zur Koordinierung dieser Spenden zur Verfügung.

Aus dem Gremium wird vorgeschlagen, dass sich Bewohner_innen und Beiratsmitglieder und weitere Interessierte gemeinsam an der Aktion „Bremen räumt auf“ am 15. + 16.04.2016 beteiligen.

Frau Leibing erklärt sich bereit, dies zu koordinieren.

Der Vertreter der Linken unterstützt die Aktion und macht auf ein für den 09.04.2016 auf dem Quartiersplatz der Oberschule am Leibnizplatz geplantes kurdisches Kinderfest aufmerksam.

Er schlägt eine ausführlichere Vorstellung in der kommenden Sitzung des FA Integration, Kultur, Inneres, Soziales am 15.03.16 vor. Das Gremium stimmt der vorgeschlagenen Vorstellung im FA zu.

Top 6 – Vergabe von Knotenpunktmitteln durch das Amt für Soziale Dienste für die offene Kinder- und Jugendarbeit 2016

Das Amt für Soziale Dienste beantragt die Zustimmung zur Bewilligung von Knotenpunktmitteln in Höhe von 1.250 € für einen „Bedarfsermittlungstag + Expert_innengespräch im Stadtteil Woltmershausen“ zur Vorbereitung der Erarbeitung eines Stadtteilkonzeptes für die offene Kinder- und Jugendarbeit (Zustimmung des CA am 04.02.16 erfolgt).

Beschluss:

Der Beirat stimmt der beantragten Bewilligung zu. (einstimmig, 11 Ja-Stimmen)

TOP 7 – Haushaltsantrag zur Finanzierung der Stadtteilbezogenen Kinder- und Jugendarbeit (Beschlussfassung)

Beschluss:

Der Beirat Woltmershausen fordert die Senatorin für Soziales, Jugend, Frauen, Integration und Sport sowie die Bürgerschaft auf, die Mittel für die stadtteilbezogene Kinder- und Jugendförderung im Jahr 2016 um 10% zu erhöhen und ab dem Jahr 2017 mindestens eine jährliche Erhöhung dieser Mittel entsprechend der Entwicklung des Lebenshaltungsindex vorzusehen.

Begründung:

Mit dem beschlossenen Rahmenkonzept für die offene Jugendarbeit (OKJA) in der Stadtgemeinde Bremen wurden neue und zusätzliche Aufgaben für die Jugendförderung festgelegt. Damit diese Aufgaben nicht zu Lasten bestehender Förderung gehen, ist eine Erhöhung der entsprechenden Mittel erforderlich.

Die bisherige Förderung der Angebote der stadtteilbezogenen Kinder- und Jugendarbeit ist seit Jahren nicht auskömmlich. Tarifsteigerungen und allgemeine Kostensteigerungen führen zu einer latenten Kürzung der Mittel für die stadtteilbezogene Kinder- und Jugendförderung.

Das SGB VIII formuliert eine Förderverpflichtung für die Angebote der Kinder- und Jugendförderung. Dieser gesetzlichen Verpflichtung wird der Haushaltsgesetzgeber mit der aktuellen Mittelausstattung nicht gerecht. Der gesetzliche Auftrag der Jugendhilfe, positive Lebensbedingungen für alle Kinder und Jugendliche zu gestalten, verpflichtet den Haushaltsgesetzgeber, die entsprechenden Mittel bereit zu stellen.

(einstimmig, 11 Ja-Stimmen)

Top 8 – Antrag: Prüfung der Haltestellennutzung und Taktfrequenz auf der Linie 24

vertagt → Fachausschuss Bau am 14.03.2016

TOP 9 – Antrag: Besetzung von Personalstellen am Polizeirevier Woltmershausen

Beschluss:

Der Beirat Woltmershausen fordert den Senator für Inneres auf:

- 1. Die aktuelle personelle Sollstärke des Polizeireviers Woltmershausen auch zukünftig sicherzustellen und alle Personalstellen, insbesondere die Stellen der Kontaktpolizisten umgehend neu zu besetzen.**
- 2. Die Programme für präventive Maßnahmen zur Vermeidung von Straftaten, wie z. B. Einbruch und Diebstahl, zu intensivieren.**
- 3. Neue Stellen bei der Polizei Bremen zur Bewältigung des massiv angestiegenen Aufgaben- und Arbeitsumfangs zu schaffen und die derzeit 50 Stellen umfassende Personallücke zwischen der im**

Stellenplan der Polizei Bremen ausgewiesenen Zielzahl von 2.540 Stellen und den davon tatsächlich besetzten 2.490 Stellen umgehend durch Umsetzung der im Koalitionsvertrag 2015 beschlossenen Maßnahmen zu schließen und hierdurch die Polizeipräsenz auch in Woltmershausen zu sichern und langfristig zu erhalten.

Begründung:

Laut Kriminalstatistik 2015 ist die Gesamtkriminalität im Land Bremen von 83.777 um 7.560 auf 91.237 Delikte angestiegen. Sie zeigt dabei auch für 2015 ein auf hohem Niveau stagnierendes Maß an Körperverletzungsdelikten. Auch wenn die Zahl der Wohnungseinbrüche 2015 im Vergleich zu 2014 um 1,5 % zurückgegangen ist, ist die Aufklärungsquote mit 5,4 % sehr gering. Noch einmal erheblich angestiegen sind von 2014 auf 2015 die Diebstahlsdelikte und die Straftaten zum Nachteil älterer Menschen.

Hieraus resultiert in der Bevölkerung in allen Stadtteilen und auch in Woltmershausen vermehrt die Angst, Opfer einer Straftat zu werden.

Dem ist durch eine offensive und konsequente aber auch präventive Polizeiarbeit zu begegnen.

Die Sicherheit im Stadtteil kann nur durch eine ortskundige, präsente und personenstarke Polizei gewährleistet werden. Durch Pensionierung oder andere personelle Veränderungen frei werdende Stellen sind umgehend neu zu besetzen.

Der Beirat tritt darüber hinaus auch für eine größere Polizeipräsenz in Woltmershausen ein.

(einstimmig, 11-Ja-Stimmen)

TOP 10 – Ermächtigung von Fachausschüssen zur Beschlussfassung

Beschluss:

Der Beirat delegiert gem. § 14 (3) GO folgende Beratungsgegenstände zur Beschlussfassung in die nachfolgend genannten Fachausschüsse:

1. Antrag Haltestellennutzung und Taktfrequenz Linie 24 (s.o. TOP 8) und
2. Stellungnahme zu den Verkehrsrichtlinien SUBV – Beiräte:
→ FA Bau, Häfen, Verkehr, Wirtschaft
3. Nutzung der Außenflächen an der Notunterkunft Hempenweg:
→ FA Integration, Kultur, Inneres, Soziales

(einstimmig, 11 Ja-Stimmen)

Top 11 – Berichte der Beirats- und Fachausschussprecher

- FA Kita (02.02. + 01.03.2016): Außensanierung der OS Roter Sand ist gesichert.
- FA Bau (15.02.2016): FA wird sich weiter mit Bürgerbeschwerden zu Autoverladungen im Bereich Am Reedeich, Warturmer Heerstraße und Barkhausenstraße befassen

Top 12 – Berichte des Amtes

- Hinweis auf polizeiliche Warnungen zu Trickbetrügereien, v.a. zum Nachteil älterer Menschen
- Hinweis auf Aktion „Bremen räumt auf“ am 15./16.04.2016

Top 13 – Genehmigung der Protokolle vom 11.01. und 01.02.2016 (Nrn. 08 + 09/15-19)

Beschluss: Die vorliegenden Protokollentwürfe werden genehmigt. (einstimmig, 11 Ja-Stimmen)

TOP 14 – Verschiedenes

Ein Vertreter der CDU fragt, ob die Möglichkeit besteht, dass Bewohner_innen der Notunterkunft im Hempenweg ehrenamtlich in den umliegenden Kleingärten tätig werden können.

Ein Vertreter der SPD verweist dazu auf ein geplantes Projekt „Gemeinschaftsparzelle“ in Zusammenarbeit mit dem Kulturhaus Pusdorf.